

Gedenktage wird von Politik überschattet

Der türkische Außenminister soll im NRW-Landtag sprechen. Dagegen regt sich Protest

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Ein möglicher Auftritt des türkischen Außenministers Mevlüt Cavusoglu im NRW-Landtag sorgt für erhebliche Irritationen. Inzwischen droht sogar das Gedenken an den Brandanschlag von Solingen, der sich am 29. Mai zum 25. Mai jährt, überschattet zu werden. Am Donnerstagabend wollte Landtagspräsident André Kuper (CDU) sein Parlamentspräsidium und die Fraktionsspitzen aller Parteien zu einer Krisensitzung zusammenrufen.

Der Hintergrund: Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) ist seit Jahresbeginn mit Mevlüt Cavusoglu im Gespräch, die beim Brandanschlag von Solingen zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte verloren hatte. Der Regierungschef hält schon lange Kontakt zu der inzwischen 75-Jährigen, die für ihr Bemühen um Versöhnung vielfach ausgezeichnet wurde. Die NRW-CDU schickte sie 2012 bei der Wahl von

Bundespräsident Joachim Gauck sogar in die Bundesversammlung.

Das Land will zum 25. Jahrestag des Solinger Anschlags eine besondere Gedenkstunde in Düsseldorf ausrichten. Auf Bitten der Familie Genc hat Laschet dafür auch einen türkischen Regierungsvertreter eingeladen. Außenminister Cavusoglu hat zugesagt, nach Düsseldorf und Solingen zu kommen. Die Familie Genc fühle sich eben beiden Ländern sehr verbunden.

Da jedoch am 24. Juni in der Türkei überraschend vorgezogene Parlaments- und Präsidentenwahlen stattfinden, gibt es Vorbehalte, die

Gedenkveranstaltung könnte für eine Wahlkampfredde an die 1,4 Millionen stimmberechtigten Türken in Deutschland missbraucht werden. Der neue SPD-Fraktionschef Thomas Kutschkaty sprach von „großer

Offenbar wurden die Abgeordneten auch nicht frühzeitig genug darüber informiert, dass die zentrale Solingen-Gedenkveranstaltung mit dem türkischen Außenminister im Landtag stattfinden soll. In Teilen von SPD und Grünen herrscht helles Entsetzen, dass ausgerechnet im Düsseldorfer „Haus der Demokratie“ ein Vertreter der zunehmend autokratischen Erdogan-Regierung sprechen könnte. „Handwerklich katastrophal“ sei die Vorbereitung eines solch heiklen Termins bislang gelaufen, wird auf den Landtagsfluren geschimpft.

Landtagspräsident Kuper ist nun in einer schwierigen Lage. Familie Genc soll Kuper bereits geschrieben haben, wie traurig sie darüber sei, dass das Gedenken an ihre ermordeten Kinder von der Politik überlagert werde. Eine Ausladung Cavusoglus wäre ein Affront gegenüber der Op-

fer-Familie und würde in der Türkei großes Unverständnis hervorrufen. Eine Verlegung der Gedenkleier in Laschets Staatskanzlei wurde am Donnerstag als Ausweg erwogen, um einen würdigen Rahmen abseits des Landtags zu finden.

Unterdessen wurde bekannt, dass außer Cavusoglu weder der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan noch ein anderer türkischer Politiker vor den Wahlen am 24. Juni nach Deutschland kommen werde. Das erfuhr diese Zeitung aus türkischen Regierungskreisen. Auch gebe es keine Wahlkampfauftritte. „Die Regierung in Ankara ist zwar der Meinung, dass Präsident Erdogan wie andere türkische Politiker das demokratische Recht hätte, vor türkischen Staatsbürgern in Deutschland aufzutreten“, sagte ein türkischer Regierungsvertreter dieser Zeitung. Aber man wolle die Lage nicht „eskalieren“ lassen. *mit bac*